

Gerechtigkeit für Angestellte

Beitrag von „Nettmensch“ vom 15. Februar 2015 19:51

Da rettich offenbar unbefristet angestellt ist und die Kollegen mehrheitlich verbeamtet sind, droht ihm/ihr keine Gefahr - im Falle einer Zwangsumsetzung aufgrund Personalüberhangs wird man im Allgemeinen Beamte zuerst angehen, da für Angestellte das allgemeine Arbeitsrecht gilt. D.h. der Staat kann nicht einfach so den Arbeitsort ändern. Es ist zwar richtig, dass einige Angestellte in Unkenntnis ihrer Rechte alles mit sich machen lassen - also auf die wenigen Vorteile des Angestellten verzichten - und die Verwaltung wohl oft auch selbst keine Ahnung hat was bei Angestellten (nicht) erlaubt ist. Die Umsetzung gehört aber eben zu den Vorteilen.

Wie bereits richtig geschrieben, sind Aktionen wie die Weigerung der Übernahme von Zusatzaufgaben kein Vorwurf gegenüber den verbeamteten Kollegen. In meinem Fall auch kein Vorwurf gegenüber der Schulleitung, die bei uns fair und kompetent ist. Die jeweilige Regierung ist der Adressat, und die bekommt eben nichts mit, sofern man trotz aller Benachteiligung auf seine Rechte - und dem Recht "Nein" zu sagen - kleinlaut verzichtet. Die Erwartung ist zumindest interessant, dass angestellte Lehrer sich um Funktionsstellen reißen sollen, die ihnen Netto nur einen minimalen Verdienstzuwachs bringen, aber bei der Ausübung (und auf dem Weg dorthin über die Pflege der Personalakte) viele Überstunden bescheeren.

Darum auch bitte unbedingt an den anstehenden Streiks teilnehmen - und zwar sichtbar und hörbar. Ich selbst bin nicht in einer Gewerkschaft und werde für die Streiktage entsprechend Lohneinbußen in Kauf nehmen. Die Aufforderung an die verbeamteten Kollegen ist entsprechend, den Angestellten nicht als Streikbrecher in den Rücken zu fallen (was aus Unwissenheit oder Nachlässigkeit offenbar an einigen zumindest Berliner Schulen bei den letzten Streiks vorgekommen ist). Auch wenn die Kinderaugen an dem Tag etwas weniger Leuchten oder die Prüfungsvorbereitung liegen bleibt - es kann doch nicht sein, aus Liebe zur Arbeit dem Arbeitgeber in die Hände zu spielen. Der hat durch Deputatserhöhung, Inklusion zum Nulltarif und minimalen Verdienstanstiegen (Unterhalb dem vergleichbarer Angestellter in der Wirtschaft) doch gezeigt, wie er seine Fürsorgepflicht interpretiert.